



Interessengemeinschaft
Bahnprotest an Ober- und Hoch-Rhein

Medieninformation

Entscheidung des Projektbeirats

„Ein großer Erfolg für die Region und die Bürger“

6. März 2012

FREIBURG. Mit dem Beschluss des Projektbeirats vom 5. März hat die Interessengemeinschaft Bahnprotest an Ober- und Hoch-Rhein (IG BOHR) ein wichtiges Etappenziel auf dem Weg zu einem mensch- und umweltfreundlichen Ausbau der Rheintalstrecke erreicht. „Das ist ein großer Erfolg für die Region und die betroffenen Bürger“, betonten die Vorstandssprecher Roland Diehl und Adalbert Häge.

Nun gilt es dafür zu sorgen, dass die Planungen auf den Streckenabschnitten zwischen Riegel und Offenburg im Sinne der betroffenen Bürger geändert werden: „An der Aufrüstung des Schutzes vor dem Lärm der Güterzüge entlang der Westumfahrung Freiburgs und an der Bürgertrasse im nördlichen Markgräflerland führt kein Weg vorbei“, erklärten Diehl und Häge bei einem Pressegespräch des Regionalverbands Südlicher Oberrhein.

Ihre Freude über den Beschluss des Projektbeirats verbanden die beiden Vorstandssprecher mit einem Dank an die vielen aktiven Mitglieder in den Bürgerinitiativen MUT (Markgräflerland) und IGEL (Freiburg). „Ohne das Engagement vieler Mitglieder wäre der Erfolg nicht möglich gewesen“, betonte Roland Diehl. Hervorzuheben in diesem Zusammenhang sei auch das große Engagement der Landwirtschaft, die immer mitgezogen hätte.

Ein Dankeschön galt auch den Bürgermeistern, den Vertretern der Kommunen, dem Landratsamt, dem Regierungspräsident Julian Würtenberger und dem Regionalverband Südlicher Oberrhein sowie den Vertretern der Parteien in der Region. „Ohne den Schulterschluss der Bürger mit der Politik wäre dieser Erfolg nicht möglich gewesen“, sagte Adalbert Häge. Beide dankten auch Prof. Klaus-Dieter Scheurle, Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, der den Mut gehabt habe, auf die Region zuzugehen. „Auch Landesverkehrsminister Hermann sind wir dankbar für seine aktive Unterstützung sowie der Landesregierung für die feste Zusage, die Zusatzkosten der deutlichen Qualitätsverbesserung bis zur Hälfte mitzufinanzieren“.

Für die IG BOHR ist der Erfolg das Ergebnis einer langfristigen Strategie. „Von Beginn an war klar, dass nur die Politik das Problem lösen kann“, betonte Roland Diehl. Deswegen sei der Aufbau von fachlicher Kompetenz sowie die Entwicklung alternativer Planungsvorschläge eine wichtiger Voraussetzung gewesen, mit der Politik ins Gespräch zu kommen. „Wir haben auf konstruktiven Widerstand gesetzt, nicht einfach nur auf eine kategorische Ablehnung“, betonte Häge. Das Lösungskonzept Baden 21 habe schließlich den Durchbruch gebracht.

Wichtig sei gewesen, dass die Bürgerinitiativen im gesamten Diskussions- und Planungsprozess immer wieder ihre Schlagkraft bewiesen hätten, mit denen der Druck auf die Politik erhöht werden konnte. Dazu gehörten mehrere Großdemonstrationen und auch die erfolgreiche Blockade der Erörterungstermine in Hausen und Seefeld. Ein beispielloses Signal für das enorme Engagement der Bürgerinitiativen waren rund 172.000 Einwendungen bei den verschiedenen Offenlegungsverfahren zwischen Buggingen und Offenburg. In diesem Zusammenhang lobten die beiden IG-BOHR-Sprecher auch den Mut des Regierungspräsidiums, der von der Deutschen Bahn AG geplanten Bündelung der alten Strecke mit der Neubaustrecke bei Seefeld eine Absage zu erteilen.

Das neue Planungsverfahren werden die Bürgerinitiativen nun kritisch begleiten mit dem Ziel, möglichst zügig zu einer Genehmigung auf Basis der Vereinbarungen im Projektbeirat zu kommen. „Eine Fertigstellung der neuen Trasse bis zum Jahr 2020 soll an uns nicht scheitern“, betonten Diehl und Häge. Die neue Planung sei zwar mit zusätzlichen Kosten verbunden. Sie seien aber zum einen dadurch gerechtfertigt, dass es sich um

ein Jahrhundertprojekt handle. Zum anderen fallen die zusätzlichen Ausgaben sowohl für den Bund als auch für das Land nicht auf einen Schlag an, sondern zeitlich gestreckt über die gesamte Bauphase. Damit könnten die Belastungen für die Haushalte auch begrenzt werden.

Häge und Diehl ließen keinen Zweifel daran, dass die Abschaffung des Schienenbonus ganz oben auf der Agenda bleiben: „Das war immer unser übergeordnetes Ziel. Wir wollen verhindern, dass betroffene Bürger bei zukünftigen Streckenneubauten vor ähnlichen Problemen stehen wie wir.“ Hier müssten sich nun insbesondere die Haushaltspolitiker bewegen. Immerhin stehe die Koalition mit ihrem Versprechen im Koalitionsvertrag in der Pflicht.

Kontakt:

Dr. Roland Diehl
IG BOHR-Sprecher und
Vorsitzender der BI MUT

Tel. 07633 14362
Fax 07633 405409
vorstand@mut-im-netz.de

Adalbert Häge
IG BOHR-Sprecher und Sprecher der BI IGEL

Tel. 0761 84468
a.haege@igel-breisgau.de